



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

**Für Sie im
Deutschen Bundestag**



Newsletter

vom 27. November 2018

Die Themen im Überblick

Bundeshaushalt 2019: Ein Haushalt für mehr Sicherheit und Zusammenhalt	1
Warum die SPD-Fraktion für den UN-Migrationspakt ist.....	2
Gute Nachrichten für das THW aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags.....	3
Koalition stärkt Feuerwehren mit 100 Mio. Euro	4
A98: Landesregierung muss alle Karten auf den Tisch legen	4
Bei der Hochrheinbahn haben wir keine Zeit mehr für Ausreden	5
Mein Statement zum Start der dritten Etappe der Endlagersuche Schweiz	5
Besuch vom Verein "Frauen für Frauen" im Deutschen Bundestag	5
Erfolgreiche Inklusion im Hotel "Rheinsberg" in Bad Säckingen	6

Bundeshaushalt 2019: Ein Haushalt für mehr Sicherheit und Zusammenhalt

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung den Haushalt 2019 beschlossen. Er sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 356,4 Milliarden Euro vor, 400 Millionen Euro weniger als im Regierungsentwurf vorgesehen (Drs. (19/3400, 19/3402). Neue Schulden soll es weiterhin nicht geben. Die so genannte schwarze Null bleibt demnach zum sechsten Mal in Folge bestehen.

Mit dem Bundeshaushalt 2019 stärkt die Koalition den Standort Deutschland. Sie investiert vor allem in die innere und äußere Sicherheit, die Zukunftsthemen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land. Für Investitionen sind im geänderten Haushaltsentwurf im kommenden Jahr 38,946 Milliarden Euro veranschlagt. Das sind 1,046 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf.

Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betont: „Im Haushalt 2019 machen wir konsequent weiter mit der Umsetzung der wichtigsten Maßnahmen des Koalitionsvertrags, für die wir in der Wahlperiode insgesamt 46 Milliarden Euro mehr einsetzen wollen als in der früheren Finanzplanung vorgesehen – mehr für den sozialen Wohnungsbau, für Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung, die Senkung der Kita-Gebühren und die Verbesserung der Betreuungsschlüssel, die Eingliederung Langzeitarbeitsloser und die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags.“

Vorgesehen mit dem Haushalt 2019 sind Entlastungen von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sowie Familien. Rentnerinnen und Rentner werden stärker abgesichert, ein sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose eingeführt. Diese Vorhaben sorgen für mehr soziale Sicherheit; die SPD-Fraktion hat lange darum gekämpft.

Auch Effekte der kalten Progression sollen ausgeglichen werden. Das Problem entsteht, wenn Einkommens- und Lohnerhöhungen nur die Inflation ausgleichen, die Kaufkraft des Arbeitnehmers aber nicht steigt. Durch den Tarifverlauf bei der Einkommenssteuer zahlt er dann überproportional mehr Steuern an den Fiskus.

Das Kindergeld soll im Juli 2019 um 10 Euro steigen; für das erste und das zweite Kind gibt es künftig jeweils 204 Euro monatlich betragen, für das dritte Kind 210 Euro und für jedes weitere Kind 235 Euro. Auch der Kinderfreibetrag soll entsprechend angehoben werden: Von Januar 2019 an pro Kind von 7428 Euro auf 7620 Euro und von Januar 2020 an dann auf 7812 Euro. Für die folgenden Jahre plant die Koalition weitere Erhöhungen des Kindergelds.

Humanitäre Hilfe und Sicherheit

Der steuerliche Grundfreibetrag steigt ab Januar 2019 von bisher 9000 Euro auf 9168 Euro. Ab Januar 2020 soll er dann 9408 Euro betragen. Einkommen

unterhalb dieses Werts bleiben grundsätzlich steuerfrei. In gleichem Umfang steigt auch der Höchstbetrag für die steuerliche Absatzfähigkeit von Unterhaltspflichten.

Für humanitäre Hilfe und Entwicklung gibt es 1 Milliarde Euro zusätzlich, 700 Millionen davon kamen im parlamentarischen Verfahren dazu. Damit wird viel erreicht für Krisenprävention, Menschen in Not und die Entwicklung in den ärmsten Ländern der Erde.

Ein weiterer Schwerpunkt des Haushalts ist Sicherheit: Für die Sicherheitsbehörden stellen die Koalitionsfraktionen 2019 zusätzlich 3120 Stellen bereit, darunter für die Bundespolizei 2100 Stellen, das Bundeskriminalamt gut 475 Stellen und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik 325 Stellen. Zusammen mit den 2018 beschlossenen zusätzlichen Stellen stehen damit bereits gut 4000 der im Koalitionsvertrag vereinbarten 7500 Stellen zur Verfügung.

Die Zollverwaltung wird 2019 mit 775 zusätzlichen Stellen gestärkt, darunter 351 Stellen für die Mindestlohnkontrolle, 328 Stellen zur Unterstützung an den internationalen See- und Flughäfen sowie den sicherheitsrelevanten Bereichen der Zollverwaltung und 76 Stellen zur Bekämpfung von Geldwäsche.

Gestärkt wird auch die Justiz. 24 neue Stellen für den Bundesgerichtshof sowie 37 Stellen für den Generalbundesanwalt.

Zusätzlich werden 64 Millionen Euro für geschützte Fahrzeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder und 100 Millionen Euro zusätzlich für Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren für den zivilen Katastrophenschutz bereitgestellt.

Das Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“, angesiedelt bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, wird mit einem Programmvolumen von 80 Millionen Euro fortgesetzt. Denn nur sehr reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten.

Investitionen für Umwelt und Digitales

Damit Deutschland nicht ins Hintertreffen gerät, investiert die Koalition in die Zukunft: Für den Breitbandausbau stellt sie mit dem Haushalt 2019 zusätzlich knapp 4,1 Milliarden in den kommenden Jahren bereit. Zur Förderung künstlicher Intelligenz investieren die Fraktionen von SPD und CDU/CSU für die nächsten Jahre insgesamt 500 Millionen Euro. Ebenfalls 500 Millionen Euro sind für regionale Strukturpolitik/Strukturwandel vorgesehen.

Das Sofortprogramm Saubere Luft und das Maßnahmenprogramm zur Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme werden über das Jahr 2020 hinaus fortgesetzt. Dafür stehen insgesamt weitere 500 Millionen Euro ab 2020 zur Verfügung.

Mit einem Investitionsprogramm von 45 Millionen Euro fördert die Koalition die CO₂-arme Industrieproduktion.

Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

5,5 Milliarden Euro investiert die Koalition in den kommenden Jahren in den Kitausbau. Dieser Haushalt legt den Grundstein dafür: Um mehr Erzieherinnen und Erzieher für Kitas und Horte zu gewinnen, erhält die Fachkräfte-offensive in den nächsten beiden Jahren 30 Millionen Euro zusätzlich. Das Programm Kita-Plus wird für 16 Millionen Euro um ein Jahr verlängert.

Das Bauprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur wird aufgrund des erheblichen Sanierungsbedarfs um 100 Millionen Euro aufgestockt.

Das Programm mit Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung wird um 100 Millionen Euro erhöht. Die Sportfördermittel schließlich hat die Koalition im parlamentarischen Verfahren um rund 40 Millionen auf gut 235 Millionen Euro verstärkt. Zwischen 2017 und 2019 steigen die Mittel um gut 68 Millionen Euro von 167 Millionen auf 235 Millionen Euro.

Ebenfalls wichtig: Für die Barrierefreiheit von 118 Bahnhöfen stellt der Bund 330 Millionen Euro bis 2026 zur Verfügung.

Erstmals in einem Bundeshaushalt enthalten sind übrigens 50 Millionen Euro für die Einführung eines Games-Fonds, mit dem künftig die Computerspielentwicklung auf Bundesebene gefördert werden soll. Das war im Koalitionsvertrag vereinbart worden.

Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Fraktion, fasst zusammen: „Die SPD-Fraktion regiert und verändert unser Land zum Besseren. Wir stärken Familien durch bessere Kitas und mehr Kindergeld. Wir schaffen mehr soziale Sicherheit, indem wir die gesetzliche Rente auch für die Zukunft stabilisieren, mit dem sozialen Arbeitsmarkt neue Chancen für Langzeitarbeitslose schaffen und indem wir das Recht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Weiterbildung stärken. Und wir beschließen in dieser Woche einen echten Investitionshaushalt, mit dem wir für die Zukunft vorsorgen. So machen wir Politik für ein solidarisches Land.“

Auf der Fraktionswebsite sind Informationen zu jedem Einzelhaushalt zu finden (<https://www.spdfraktion.de/themen/bundshaushalt>).

Warum die SPD-Fraktion für den UN-Migrationspakt ist

Mit dem so genannten UN-Migrationspakt will die Weltgemeinschaft eines der drängendsten politischen Themen dieser Zeit anpacken und einen Baustein zur Lösung des Themas Migration liefern. Deutschland würde von dem Pakt profitieren, doch eine Hetzkampagne vernebelt alle positiven Aspekte.

Gegen die unregelmäßigen Wanderungsbewegungen der letzten Jahre soll künftig ein Regelwerk gestellt

werden, das Flucht und Migration besser organisiert, ohne rechtlich verbindlich zu sein.

Im Juli dieses Jahres haben sich die Vereinten Nationen (UN) auf einen „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ geeinigt. Es handelt sich um ein internationales Abkommen, das Migration stärker steuern und die Rechte von Migranten schützen soll. Es geht dabei nicht um Flüchtlinge. Umgangssprachlich wird auch vom UN-Migrationspakt gesprochen. Das Dokument soll am 10. und 11. Dezember 2018 auf einer Konferenz in Marokko angenommen werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt den UN-Migrationspakt. Die Bundesregierung hat an seiner Konzeption mitgewirkt.

Migration besser regulieren

Die Gründe dafür nannte Christoph Matschie, stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, im Deutschen Bundestag: „Wir können die Probleme, die sich mit weltweiter Migration verbinden, nur international gemeinsam lösen. Nationale Regelungen allein helfen hier nicht weiter. Und deshalb haben sich die Staaten in den Vereinten Nationen vor zwei Jahren gemeinsam auf den Weg gemacht, einen solchen internationalen Pakt zu erarbeiten. Die Ziele, die Grundsätze dieses Paktes finden sich jetzt genau in dem Text wieder. Es geht nicht darum, Tor und Tür zu öffnen, sondern es geht darum, Migration besser zu regulieren. Das ist der Kern dieser Vereinbarung.“

Der Migrationspakt soll sämtliche Dimensionen der weltweiten Migration umfassend behandeln.

Seine wichtigsten Ziele

- Strukturelle Faktoren, die Menschen dazu veranlassen, ihre Herkunftsländer zu verlassen, sollen reduziert werden – zum Beispiel durch Programme zur Armutsbekämpfung und zur Anpassung an klimatische Veränderungen.
- Um irreguläre Migration zu vermeiden, sollen Menschen schmuggel und Schlepperunwesen stärker bekämpft und Grenzkontrollen besser koordiniert werden. Gleichzeitig sollen die Mitgliedstaaten mehr Wege für reguläre Migration schaffen – zum Beispiel durch Arbeitsmarktabkommen oder Erleichterungen bei der Visavergabe.
- In den Zielländern sollen Migranten sicheren Zugang zu Grundleistungen haben und die Chance, am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
- Verbesserte Möglichkeiten der Rückkehr in die Heimatländer.
- Es geht also vor allem darum, Migration effektiv und zum Nutzen von Herkunfts-, Transit- und Zielländern zu steuern und irreguläre Migration zu vermeiden. Dazu soll der Globale Pakt den internationalen Rahmen setzen.

Wichtig dabei: Die UN sagen ausdrücklich den Ländern, die von großen Migrationsbewegungen betroffen sind, Unterstützung zu.

Rechte Hetzkampagne

Die AfD, rechtsextreme und fremdenfeindliche Gruppierungen stellen das Abkommen als Bedrohung dar. Sie nutzen es als Mobilisierungsinstrument. Eine Hetzkampagne setzt auf Halb- und Unwahrheiten, um bewusst Panik zu erzeugen. Diesen Kritikern geht es nicht um die sachliche Auseinandersetzung, sondern um rechtspopulistische Rhetorik, die zur Stimmungsmache eingesetzt wird. So behaupten sie zum Beispiel, dass der Pakt zu einer massenhaften Zuwanderung nach Deutschland führt. Sie behaupten, mit dem Pakt würden die nationale Souveränität unseres Landes und unser Selbstbestimmungsrecht ausgehebelt.

Ein Blick in den Text zeigt jedoch das Gegenteil: „Der Globale Pakt bekräftigt das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen (...).“ Die Staaten können also weiterhin darüber entscheiden, wie sie die Einreise, den Aufenthalt und die Arbeitsbedingungen von Einwanderern gestalten möchten. Es entstehen keine weiteren verpflichtenden Kosten für Deutschland.

Auch an der deutschen Rechtslage ändert sich nichts. Die meisten Regelungen sind bereits im europäischen Recht enthalten und daher schon heute in Deutschland gültig. Der Pakt ist kein Vertrag und darum rechtlich nicht bindend – selbst wenn im Text von Verpflichtungen die Rede ist. Die beteiligten Staaten sind zu nichts verpflichtet und können nicht bestraft werden, wenn sie die Inhalte nicht umsetzen. Es soll aber ein Gremium geben, das von 2022 an alle vier Jahre tagen, die Umsetzung überprüfen und seine Ergebnisse in einem Bericht veröffentlichen wird.

Der Grund, warum die AfD eine Kampagne gegen den Globalen Pakt für Migration fährt, ist simpel: Sie glaubt, je größer die Furcht vor Migranten, je größer der politische Vorteil für die AfD. Das ist verantwortungslos, ja „schäbig“, wie es Matschie nennt.

Er bekräftigt: „Der Migrationspakt ist ein Meilenstein in der internationalen Zusammenarbeit und eine Chance, globale Herausforderungen auch gemeinsam zu meistern. Diese Möglichkeit müssen wir unbedingt ergreifen.“

Lars Castellucci, migrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagt: „Migration bietet Chancen für alle: Herkunftsländer, Zielländer und Migranten. Und Migration hat Schattenseiten, die müssen wir bekämpfen.“

Pakt in deutschem Interesse

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Der Pakt für eine geordnete und sichere Migration liegt in unserem deutschen Interesse. Deshalb wird Deutschland im Dezember diesem Pakt zustimmen.

Und zur Klarstellung: Die in den letzten Wochen hochgekochte Debatte innerhalb von CDU/CSU ist mehr als irritierend. Die gesamte Bundesregierung war von Anfang an in die Arbeit am Migrationspakt eingebunden.

Darüber hinaus wurde der Text auch nicht am Bundestag vorbei verhandelt. Die Idee, einen CDU-Parteitag entscheiden zu lassen, ob und wenn ja, wann

die Bundesregierung dem Pakt zustimmt, ist wohl eher dem Profilierungsinteresse eines möglichen Nachfolgers an der CDU-Parteispitze geschuldet. Das Kalkül, auf diese Weise Wähler der AfD wieder ins eigene politische Lager zurückzugewinnen, wird nicht aufgehen.

Vielmehr gilt es, sich von den rechtspopulistischen Bewegungen in Europa und den USA in dieser Frage klar abzugrenzen. Weder die Millenniumsziele der UN für die ärmsten Länder der Welt, noch das Klimaabkommen von Paris haben eine solch abstruse Debatte ausgelöst. Das ist erschreckend und für die SPD-Bundestagsfraktion Ansporn, selbstbewusst dagegen zu halten.

Gute Nachrichten für das THW aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat seine Beratungen zum Haushalt 2019 in den frühen Morgenstunden abgeschlossen und dabei eine Reihe von Entscheidungen gefällt. Dabei konnten wir zusammen mit unserem für das THW zuständigen Berichterstatter, Martin Gerster und dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Kahrs einen großen Verhandlungserfolg erzielen.

Für das THW haben wir zunächst erreicht, dass die bereits 2018 beschlossenen Erhöhungen auch in 2019 fortgeführt werden. Das betrifft vor allem die erhöhte Aufwandsentschädigung (800.000 Euro) und die Kampagne zur Nachwuchsförderung (3 Mio. Euro) beim THW. Das zusammen mit dem DLRG betriebene EU-Modul 17 und die Zuschüsse an THW-Bundesvereinigung (600.000 Euro) und THW-Jugend (1,2 Mio. Euro) konnten wir bereits letzten Monat im Zuge der Einzelplanberatungen sicherstellen bzw. erhöhen.

Wir sind davon überzeugt, dass ein breit aufgestellter Bundesfreiwilligendienst (BufDi) im THW zur Stärkung des Ehrenamtes beitragen wird. Mit 299 neuen hauptamtlichen Stellen schaffen wir die Rahmenbedingungen für ca. 2.000 neue und dauerhafte Plätze für Menschen, die den Bundesfreiwilligendienst im THW leisten wollen. Auch mit dem klaren Ziel das Ehrenamt von organisatorischen und administrativen „Pflichtaufgaben“ zu entlasten. Die für einen BufDi notwendige Betreuung an fünf Arbeitstagen war bisher bei rein ehrenamtlich getragenen Ortsverbänden kaum möglich. Mit den zusätzlichen, hauptamtlichen Stellen kann dies künftig sichergestellt werden. Das freiwillige Engagement im BufDi wird von einem ähnlichen Verständnis getragen, wie dem im THW. Daher sehen wir darin auch die Chance, dass nach Ende des Freiwilligendienstes viele Menschen dem THW dauerhaft und langfristig erhalten bleiben.

Darüber hinaus haben wir 135 weitere hauptamtliche Stellen geschaffen:

- 50 für die bundesweite Koordinierung der Einsatzkräfte
- 14 Stellen für den sicheren IT-Betrieb (79 Stellen hatten wir dazu bereits mit dem Haushalt 2018 zur Verfügung gestellt), damit nun insgesamt (2018/2019) 93 Stellen
- 13 Stellen für den Bereich „Kritische Infrastrukturen“
- 9 Stellen für das bereits im Rahmen der Einzelplanberatungen finanzierte UN-Support Center bei der THW-Bundesschule in Neuhausen/Fildern
- 3 Stellen für den Bereich „Technische Ortung / fliegende Systeme“ sowie
- 46 Stellen für den erhöhten Personalbetreuungsaufwand.

Außerdem vervollständigen wir unser Hebungsprogramm mit 22,5 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten.

Fenster, die ausgetauscht werden müssen, eine Abgas-Absauganlage für Fahrzeuge, Umzugs- und Sanitärräume, die schöner sein könnten. Viele THW-Unterkünfte kennen diese „kleinen“ Probleme. Dafür haben wir nun ein Sanierungsprogramm mit einem Volumen von 38,6 Mio. Euro aufgelegt (2019: 8 Mio. Euro; 2020-2022: je 10 Mio. Euro). Außerdem sollen 100 Notstromaggregate (50kVA) beschafft werden mit dem Ziel einer flächendeckenden Ausstattung, um bspw. bei einem Cyber-Angriff auf die deutsche Stromversorgung besser gerüstet zu sein. Dafür stellen wir 5 Mio. Euro zur Verfügung.

Keine unmittelbare Stärkung des THW, aber vermutlich ebenfalls von großem Interesse, dürfte die Nachricht über die massive Stärkung des Beschaffungsamtes sein. Neben den bereits mit dem Regierungsentwurf vorgesehenen 10 Stellen und 8 Entfristungen, haben wir weitere 48 Stellen für das Beschaffungsamt beschlossen um das massiv gestiegene Beschaffungsvolumen besser und schneller bewältigen zu können.

Koalition stärkt Feuerwehren mit 100 Mio. Euro

Mit dem heutigen Beschluss stärkt der Bund die Feuerwehren in noch nie dagewesener Höhe! Für die nächsten vier Jahre (2019-2022) werden wir ein Fahrzeugprogramm mit 100 Mio. Euro auflegen. Ich freue mich, dass ich zusammen mit dem zuständigen Hauptberichterstatter für den Haushaltsplan des Bundesinnenministeriums, Martin Gerster und unserem haushaltspolitischen Sprecher, Johannes Kahrs, diesen Verhandlungserfolg für unsere Feuerwehren erreichen konnte.

In seiner heutigen Sitzung hat der Haushaltsausschuss auf Antrag der beiden Koalitionsfraktionen das Fahrzeugbeschaffungsprogramm für den sog. ergänzenden Katastrophenschutz mit 4 x 25 Mio. Euro beschlossen. Gleichzeitig werden mit dem

Haushalt 2019 fast 60 neue Stellen beim Beschaffungsamt eingerichtet, damit die Fahrzeuge möglichst schnell dort ankommen können, wo sie gebraucht werden. Trotzdem wird es noch dauern, bis die Fahrzeuge, konzipiert, ausgeschrieben, gebaut und ausgeliefert werden und damit vor Ort ankommen. Bis dahin bitte ich die engagierten Feuerwehrmänner und -frauen noch um etwas Geduld. An fehlendem Geld oder mangelndem Personal soll es jetzt jedenfalls nicht mehr scheitern.

Nach dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Ausstattungskonzept stellt der Bund ca. 5.000 Fahrzeuge zur Verfügung. Mit dem heute beschlossenen Fahrzeugprogramm können die noch fehlenden ca. 1.000 Fahrzeuge nun beschafft werden. Alles in allem hat die Große Koalition auf Initiative der SPD mit dem heutigen Beschluss den Zivil- und Katastrophenschutz im Allgemeinen und die Feuerwehren im Besonderen massiv gestärkt. Allen, die sich täglich haupt- und ehrenamtlich engagieren, herzlichen Dank für Ihre Arbeit und viel Erfolg bei Ihren Einsätzen.

A98: Landesregierung muss alle Karten auf den Tisch legen

SPD-Landtagsfraktion stellt Antrag, damit Landesregierung alle Informationen zum Planungsstand der A98 offenlegt.

Wenn sich bewahrheitet, dass die Unterlagen zur Umweltprüfung vom Regierungspräsidium Freiburg nicht auf dem aktuellen Stand gehalten wurden, ist das eine ganz bittere Pille für die ganze Region. Da stellt sich die Frage, ob man das einfach nicht hinkommen hat oder ob man gar nicht vorankommen wollte? Fakt ist, dass man der zügigen Planung der bei den Grünen so unbeliebten Autobahn damit den Weg versperrt.

Im April 2018 hat das Landesverkehrsministerium dem Regierungspräsidium Freiburg die Planungen der Abschnitte 98.6, 98.8, 98.9 und der Abfahrt Hauenstein entzogen und auf die DEGES übertragen. Laut eines Berichts des Südkuriers vom 13. November äußerte sich Landrat Martin Kistler in der vergangenen Kreistagssitzung wie folgt: Was die Umweltprobleme angehe, so entsprächen die alten Erhebungen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Es seien „viele Dinge auf den aktuellen Stand zu bringen.“

Daraus schließe ich, dass die vom Regierungspräsidium Freiburg übergebenen Unterlagen zur Umweltprüfung so große Lücken aufweisen, dass der Erhebungsprozess nun nochmals neu aufgesetzt werden müsste. Im ungünstigsten Fall könnte es sogar dazu kommen, dass die Planer den Trassenfindungsprozess nochmals völlig neu starten müssen.

Damit die Verantwortung zwischen Regierungspräsidium, Verkehrsministerium, Grünen und CDU nicht weiter hin- und hergeschoben werden kann, habe

ich nun meinen SPD-Landtagskollegen Rainer Stickelberger gebeten, eine offizielle Landtagsanfrage zum Planungsstand der Hoahrheinautobahn zu stellen.

Bei der Hoahrheinbahn haben wir keine Zeit mehr für Ausreden

Bundes- und Landtagsabgeordnete lassen Einhaltung von Zusagen der Landesregierung und der Deutschen Bahn überprüfen – Kleine Anfrage für den Landtag soll Aufklärung bringen.

Vom Landesverkehrsministerium erwarte ich jetzt harte Fakten zur Qualität des Bahnangebots. Die Taktik des Landesverkehrsministeriums ist inzwischen entschlüsselt. Fehler, die man nicht mehr wegdiskutieren kann, werden eingeräumt. Und in einem super Sofortaktionsprogramm werden den Bahnkunden zum Termin XY rasche Verbesserungen versprochen. Damit die Pendler am Hoahrhein nicht schon wieder auf einem ungedeckten Scheck sitzen bleiben, habe ich nun meinen SPD-Landtagskollegen Rainer Stickelberger gebeten, eine kleine Anfrage für den Stuttgarter Landtag auf den Weg zu bringen, um die Einhaltung der versprochenen Verbesserungen überprüfen zu lassen.

Dazu der Lörracher Landtagsabgeordnete Rainer Stickelberger (SPD):

„Das Verkehrsministerium muss mit der Bahn endlich Klartext reden. Wer wie Winfried Hermann seit sieben Jahren Verkehrsminister ist, steht in der Verantwortung für das Bahnschlamassel in unserer Region. Statt Erklärungen erwarte ich jetzt Antworten.“

Mit der Einführung der Triebwagenserie BR 612 im neuen Landesdesign hat sich die Qualität des Bahnangebotes auf der Hoahrheinstecke nochmals deutlich verschlechtert. Um das gebrauchte Rollmaterial im laufenden Betrieb aufzuarbeiten, hat das Verkehrsministerium mit der Deutschen Bahn im Juli 2018 ein Sofortprogramm vereinbart. Damit sollte der Ärger und Unmut der Bahnpassagiere, nach damaliger Einschätzung, im September ein Ende nehmen.

Mein Statement zum Start der dritten Etappe der Endlagersuche Schweiz

Ich begrüße, dass der Schweizer Bundesrat anlässlich seiner Entscheidung zum Start der dritten Etappe der Standortsuche für geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle zwei zentrale Aspekte besonders betont: Oberstes Gebot einer Standortsuche für geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle muss die Sicherheit sein. Und für das Verfahren sind Transparenz und Partizipation von zentraler Bedeutung. Und dies muss – wofür ich mich besonders

einsetze - natürlich auch und insbesondere für die Bevölkerung auf der deutschen Seite gelten.

Von deutscher Seite aus hatten wir in der zweiten Etappe wichtige Weichen gestellt: Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden sind Teil der verschiedenen Gremien, die das Sachplanverfahren vorsieht. In den Regionalkonferenzen hatten wir einen festgelegten Anteil an Sitzen, die auch Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft zustehen. Und erst auf Betreiben der Bundesregierung hat die Schweiz einen Bericht über die Umweltauswirkungen des geplanten Endlagers verfasst.

Die Grundlage für eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Schweiz ist damit bereitet. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die deutschen Kommunen und Landkreise auch in die dritte Etappe des Sachplanverfahrens fair einbezogen werden. Ich komme aus der Anti-Atom-Bewegung. Für mich ist es selbstverständlich, alles dafür zu tun, dass die berechtigten Anliegen aus meiner Heimat auf der schweizerischen Seite Gehör finden. Radioaktive Abfälle, vor allem hochradioaktive Abfälle aus dem Betrieb von Kernkraftwerken, sind eine der gefährlichsten Hinterlassenschaften unserer Gesellschaft. Vor den Entscheidungen über ein Verfahren zur Lagerung solcher Abfälle müssen alle Argumente gehört werden – gerade auch die unbequemen. Nur wenn alle Seiten gleichberechtigt sind, kann am Ende eine Entscheidung stehen, die die Sicherheit aller gewährleistet. Dabei macht Betroffenheit nicht an Staatsgrenzen halt. Hier hat uns die Schweiz kürzlich die Gleichstellung mit den Schweizern zugesichert.

Das Bundesumweltministerium bleibt ebenfalls auf allen Ebenen aktiv, um die südbadischen Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen: Es fördert die deutsche Begleitkommission Schweiz, in der auch die betroffenen Kommunen, Landkreise und das Land vertreten sind. Über die Einrichtung der Deutschen Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager in Waldshut ermöglicht das Ministerium die Vernetzung der deutschen Beteiligten sowie die Information der Bürgerinnen der Region. Nach wie vor wichtig ist auch die vom Umweltministerium einberufene Expertengruppe Schweizer Tiefenlager, die das Verfahren in der Schweiz unabhängig aus deutscher Perspektive beleuchtet.

Quelle: BMU-Pressestelle

Besuch vom Verein "Frauen für Frauen" im Deutschen Bundestag

Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Felix Schreiner durfte ich am vergangenen Freitag die engagierten Frauen vom Verein „Frauen für Frauen“ hier im Deutschen Bundestag begrüßen. Ich freue mich sehr über das leidenschaftliche Engagement

der Frauen und die verschiedenen Projekte und Vorhaben, die der Verein auf die Beine stellt. Vielen Dank für den inspirierenden Besuch!



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Wenn Sie mehr über die Arbeit des Vereins Frauen für Frauen erfahren wollen, finden Sie hier ein paar entsprechende Artikel aus dem Südkurier:

Artikel:

"Frauenwochen im Kreis Waldshut: Thema Freiheit steht im Vordergrund"

vom 09. August 2017

<https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/waldshut-tiengen/Frauenwochen-im-Kreis-Waldshut-Thema-Freiheit-steht-im-Vordergrund;art372623,9366938>

Artikel:

"Verein Frauen für Frauen setzt sich für weibliche Flüchtlinge ein"

vom 21. Juli 2017

<https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/waldshut-tiengen/Verein-Frauen-fuer-Frauen-setzt-sich-fuer-weibliche-Fluechtlinge-ein;art372623,9341388>

Artikel:

"Frauenaktionswochen in Waldshut: Gedanken zum Thema Heimat"

vom 16. Oktober 2016

<https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/waldshut-tiengen/Frauenaktionswochen-in-Waldshut-Gedanken-zum-Thema-Heimat;art372623,8953531>

Erfolgreiche Inklusion im Hotel "Rheinsberg" in Bad Säckingen

Im Rahmen der Informationswochen der Inklusionsunternehmen 2019 der Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen habe ich heute das Hotel "Rheinsberg" in Bad Säckingen besucht und konnte mir vor Ort ein Bild von der erfolgreichen Inklusion in dem Haus machen. Im Hotel "Rheinsberg" arbeiten Men-

schen mit vorrangig geistiger Behinderung und Menschen ohne Behinderung zusammen. Ganz besonders das Engagement von Herrn Niels Borley, dem Geschäftsführer der AwoCaDo Integrationsbetriebe Gemeinnützige GmbH, hat mich beeindruckt. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Freude an ihrer Arbeit deutlich anzumerken. Anders als beispielsweise in einer Behindertenwerkstatt sind sie hier mittendrin im Geschehen. Ich bedanke mich recht herzlich bei allen verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen spannenden und inspirierenden Nachmittag in Bad Säckingen und wünsche dem Hotel und seinen Angestellten weiterhin viel Erfolg!



Foto: Büro Schwarzelühr-Sutter

Mehr Informationen zu meinem Besuch im Hotel Rheinsberg finden Sie auch auf den Seiten des Südkuriers und der Badischen Zeitung:

Zur Berichterstattung des Südkurier: "Das Hotel Rheinsberg in Bad Säckingen ist ein Erfolg"

<https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/bad-saeckingen/Das-Hotel-Rheinsberg-in-Bad-Saeckingen-ist-ein-Erfolg-was-die-Nachfrage-nach-Arbeitsplaetzen-angeht-sogar-ein-zu-grosser;art372588,9967359>

Zur Berichterstattung in der Badischen Zeitung: "Staatssekretärin informiert sich über das Hotel Rheinsberg"

<http://www.badische-zeitung.de/bad-saeckingen/erfolgreiche-inklusion--159776141.html>





Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071
F: 030 – 227 76 173
E: rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen
T: 07751 – 91 76 881
F: 07751 – 91 76 882
E: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de

Home:
Facebook:
Twitter:
Instagram:

www.schwarzueluehr-sutter.de
facebook.com/schwarzueluehrsutter
twitter.com/rischwasu
instagram.com/rischwasu/